

97.3127

**Postulat Meyer Theo  
Genf.  
Immobilienpolitik und Zukunft  
des internationalen Standortes**

**Postulat Meyer Theo  
Genève.  
Politique immobilière et avenir  
de la place internationale**

*Wortlaut des Postulates vom 20. März 1997*

Der Bundesrat wird gebeten, ein Konzept über die Zukunft des internationalen Genf auszuarbeiten und vorzulegen, das folgende Punkte beinhaltet:

1. Welches ist in Zukunft die Rolle des internationalen Genf?
2. Wie sollen in Zukunft Verträge mit den internationalen Organisationen abgeschlossen werden? Ist bei Mietobjekten nicht auf die Rückzahlung der Amortisation zu verzichten? Was für finanzielle Konsequenzen würden daraus für den Bund und den Kanton Genf entstehen?
3. Ist die Rolle der Fipoi in diesem Zusammenhang noch zeitgemäß? Muss sie der neuen Situation angepasst oder nach dem Vollzug der Reorganisation des AFB sogar aufgehoben werden?

*Texte du postulat du 20 mars 1997*

Le Conseil fédéral est invité à présenter aux Chambres une stratégie d'avenir pour la Genève internationale comprenant les points suivants:

1. Quel sera le rôle futur de la Genève internationale?
2. Comment conclura-t-on à l'avenir des conventions avec les organisations internationales? Ne faut-il pas renoncer au remboursement des amortissements sur les immeubles loués? Quelles en seraient les conséquences financières pour la Confédération et le canton de Genève?
3. Le rôle que joue la FIPOI dans ce contexte est-il encore d'actualité? Faut-il l'adapter aux nouvelles circonstances ou même la supprimer lorsque la réorganisation de l'OFC sera réalisée?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Alder, Carobbio, Chiffelle, Dupraz, Fässler, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Gysin Remo, Loeb, Nabholz, Rechsteiner Paul, Ruffy, Stumpf, Tschopp, Zwygart  
(16)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

1.1 Die Standortwahl internationaler Organisationen ist zurzeit einem starken Wettbewerb ausgesetzt. Verschiedene Konkurrenten bieten nicht nur gratis Büroräumlichkeiten an, sondern sind auch bereit, für Umzugs- und Einrichtungskosten aufzukommen.

1.2 Gleichzeitig stecken viele internationale Organisationen in einer schweren Finanzkrise, die zu Restrukturierungen und Personalreduktionen führt. Der grosse Spandruck hat zur Folge, dass auch Standortkosten und Ausgaben für Büroräumlichkeiten genau unter die Lupe genommen werden.

1.3 Diese Umstände haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich die Sekretariate für die Klimakonvention und den Artenschutz nicht in Genf, sondern in Bonn und Montreal niedergelassen haben. Die Schweiz hat darauf in nüchterner Einschätzung der Lage ihre Kandidatur für das Sekretariat der Wüstenkonvention zurückgezogen.

1.4 Die in Genf verbleibenden Umweltorganisationen reichen vorläufig nicht aus, um das zu diesem Zweck restaurierte Palais Wilson zu füllen. Drängte sich vor wenigen Jahren noch der Bau eines neuen Gebäudes für das Uno-Menschenrechtszentrum auf, ist die Situation heute so, dass bis auf weiteres genügend Büroräumlichkeiten vorhanden sind.

1.5 Die Disponibilität von genügend Räumlichkeiten ist allerdings nur eine Seite des Problems. Obwohl das Parlament im

Juni 1996 die Fipoi-Bedingungen verbessert hat (Verzicht auf Zinszahlungen), kommen diese für das Palais Wilson, das wegen seines historischen Wertes mit entsprechend hohen Renovationskosten verbunden war, derart hoch zu stehen, dass sie von den internationalen Organisationen nicht mehr bezahlt werden können.

1.6 Es besteht deshalb die akute Gefahr, dass das für 80 Millionen Franken renovierte Palais Wilson, das Ende Jahr bezugsbereit ist, in Zukunft leer stehen wird. Dazu kommt, dass der neue Generalsekretär der Uno, Kofi Annan, bereit ist, rigoros zu sparen, um die Beiträge der Amerikaner wieder zu erhalten. Es ist kaum anzunehmen, dass Genf davon völlig unberührt bleiben wird.

– Wenn die Rolle des internationalen Genf weiterhin erhalten bleiben soll;

– wenn dies aber für die Eidgenossenschaft längerfristig finanziell verkraftbar bleiben soll, so drängen sich Grundsatzentscheide und konkrete Massnahmen auf. Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wenn die Ausgaben einigermassen in Griff bleiben sollen, so drängt sich in jeder Hinsicht eine Konsolidierung auf. Es wäre falsch, jede internationale Organisation um jeden Preis in Genf zu behalten oder nach Genf zu holen.

2. Die Vielfalt der bisherigen Verträge und Abmachungen wird völlig unübersichtlich, es gibt nur noch Sonderfälle. Es ist jedoch klar, dass sich mit der Zeit alle internationalen Organisationen an den für sie günstigsten Bedingungen orientieren werden.

3. Ein Verzicht auf die Rückzahlung der Amortisationen des Palais Wilson, des GEC, des IAM, des Varembe und des Centre du Commerce International ergibt ungefähr die Summe von 300 Millionen Franken. Das ist zwar viel Geld. Bei einer Verteilung auf die restliche Amortisationszeit (48 Jahre) würde der Bund auf jährlich 6 Millionen Franken verzichten. Das Leerstehen von einigen Gebäuden hätte bald grössere Ausfälle zur Folge.

4. Wenn alle Gebäude im Besitz des Bundes verbleiben (das Beispiel der WTO, wo das Gebäude der Organisation geschenkt wurde, bei einem allfälligen Wegzug der Organisation aber zurückgekauft werden muss, ist eher eine Fehlleistung als ein Vorbild), so lassen sich auch die Baukosten besser in Griff nehmen, vorausgesetzt die Projektabläufe stimmen, und der Wille, dies zu tun, ist da.

5. Es ist deshalb zu prüfen, ob die Fipoi nach dem neuen Konzept diese Rolle übernehmen kann oder ob die Genfer Bauten in die geplante Reorganisation des AFB einfließen sollten.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates  
vom 14. Mai 1997**Déclaration écrite du Conseil fédéral  
du 14 mai 1997*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Überwiesen – Transmis*

96.3588

**Postulat Tschopp  
Erwerbsersatzversicherung.  
Neuer Ansatz**

**Postulat Tschopp  
Assurances perte de gain.  
Nouvelle approche**

*Wortlaut des Postulates vom 4. Dezember 1996*

Der Bundesrat wird aufgefordert, im Rahmen der Schritte, die nach dem IDA-Fiso-Bericht eingeleitet werden sollen, ein neues Konzept für die Erwerbsersatzversicherung zu prüfen, namentlich:



**Postulat Meyer Theo Genf. Immobilienpolitik und Zukunft des internationalen Standortes**

**Postulat Meyer Theo Genève. Politique immobilière et avenir de la place internationale**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	97.3127
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.06.1997 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1481-1481
Page	
Pagina	
Ref. No	20 042 323

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.